

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Regierungsamt für das Erzgebirge  
Postamt für das Erzgebirge  
Telegraphenamt für das Erzgebirge  
Telefonamt für das Erzgebirge  
Postfach-Nummer 100

Verkaufsstellen  
Auerbach  
Bautzen  
Chemnitz  
Cottbus  
Dresden  
Erfurt  
Glauchau  
Hainichen  
Hoyerswerda  
Leipzig  
Mittelsachsen  
Mühlhausen  
Ostthüringen  
Regensburg  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Südthüringen  
Thüringen  
Weimar

Telegramme: Cegblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nummer 100

Dr. 17

Donnerstag, den 21. Januar 1926

21. Jahrgang

### Rabinett Luther gebildet.

Dr. Kälig (Dem.) Inneres, Dr. Reinhold (Dem.) Finanzen.

Berlin, 19. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing heute nachmittag um 6 Uhr die Vertreter der vier für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien für die Deutsche Volkspartei, die Reichsminister a. D. Schulz, für das Zentrum Reichsminister a. D. Marx, für die Bayerische Volkspartei Abgeordneter Reich, für die Demokraten die Abgeordneten Koch, Haas und Erlenz. Der Reichspräsident gab den erschienenen Herren folgende Erklärung ab:

Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zustande kommen muß.

Nachdem durch das Ausschcheiden der Deutschnationalen Volkspartei der bisherigen Reichsregierung die Grundlage entzogen worden ist, nachdem trotz der hingebungsvollen und sehr dankenswerten Bemühungen des Herrn Abgeordneten Koch die andere Möglichkeit einer Reichsregierung, nämlich die sogenannte große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb als einzige tragfähige, aber immerhin doch durchaus denkbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, denn jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung stehen schwerste Bedenken entgegen. Ich habe es deshalb an richtig befunden, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen. Herr Reichsminister Dr. Luther hat fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näherzukommen. Es ist ihm selber nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz aus dem Wege zu räumen.

Auf der andern Seite erträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche der letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichsminister Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen. Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichsminister dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen andern Weg, baldigt aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es bekräftigen, daß der Herr Reichsminister Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend ihre endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen. Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre restlichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrübende Schauspiel der unausgeübten Regierungsbefugnisse beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird.

Reichsminister Dr. Luther legte anschließend an die Besprechung beim Reichspräsidenten den Vertretern der vier Parteien folgende Ministerliste vor:

- Reichskanzler: Dr. Luther,
- Inneres: Dr. Stresemann,
- Finanzen: Dr. Kälig (Dem.),
- Wirtschaft: Dr. Curtius (D. Vpt.),
- Arbeit: Dr. Brauns (Ztr.),
- Justiz: Dr. Marx (Ztr.),
- Wehrwesen: Dr. Schuler,
- Post: Dr. Stingl (Bayer. Vpt.),
- Verkehr: Dr. Arndts (D. Vpt.)

Wie die Telegrammen-Agenten erfährt, haben die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei beschlossen, der von Dr. Luther vorgelegten Ministerliste ihre Zustimmung zu erteilen.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, haben die Demokraten nach längerer Fraktionsberatung sich für die Annahme der vom Reichskanzler vorgeschlagenen Ministerliste ausgesprochen.

Damit ist das Rabinett Luther gebildet. Reichspräsident v. Hindenburg wird nunmehr Herrn Dr. Luther zum Reichskanzler, sowie die anderen auf der Liste aufgeführten Herren zu Rabinettmitgliedern ernennen.

Wie M. T. D. meldet, werden die Geschäfte des Ernährungs- und Landwirtschaftsministeriums von Dr. Luther geführt werden.

Berlin, 19. Jan. In der Sitzung der Fraktion der demokratischen Partei, in der die Liste des Reichskanzlers für das Rabinett zur Entscheidung vorgelegt wurde, wiederholte der Fraktionsvorsitzende Koch seine Bitte, ohne Rücksicht auf seine Person, die Entscheidung nach freien sachlichen Gesichtspunkten zu treffen. Er erklärte, daß er bei dem durch fremdes Verschulden auf die Fraktion und ihre Führer zugefügten Schaden nicht einem zu bildenden Rabinett anzugehören wünsche und empfahl, keinen Widerspruch gegen die vorgelegene Liste zu erheben, um in der schweren Bedrängnis des Vaterlandes eine parlamentarische Regierung zu ermöglichen. Es wurde nach langer Debatte, wie das Nachrichtenblatt deutscher Zeitungsverleger hört, mit ganz kleiner Mehrheit folgende Entschließung gefaßt: Die Fraktion hält die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken gegen die Art der Rabinettbildung aufrecht. Sie erblickt insbesondere in der Berücksichtigung des gegen alle parlamentarischen Gegebenheiten erhobenen aus partikularistischen Gründen erhobenen Einspruchs der Bayerischen Volkspartei gegen die Ernennung ihres Fraktionsvorsitzenden zum Innenminister eine schwere Belastung der Reichspolitik. Sie hätte erwartet, daß der mit der Rabinettbildung Beauftragte und die beteiligten Parteien diesen Einspruch nachdrücklich zurückgewiesen hätten. Nachdem aber der Fraktionsvorsitzende erklärt hat, dem neuen Rabinett nicht angehören zu wollen und seinerseits den Eintritt in die Koalition empfohlen hat und, nachdem durch die Berufung des Herrn Dr. Kälig an seiner Stelle die Teilnahme eines Fraktionsmitgliedes gesichert ist, das den politischen Standpunkt des Fraktionsvorsitzenden in vollem Umfange teilt, stimmt die Fraktion der Bildung des vorgelegten Rabinetts zu, damit im Interesse des Staates der Wirtschaft und der Volkswohlfahrt ein parlamentarisches Rabinett sofort zustandekommen kann.

Berlin, 20. Januar. Wie die Blätter melden, ergab die gestrige Abstimmung in der demokratischen Reichstagsfraktion zehn Stimmen für und zehn Stimmen gegen die zustimmende Entschließung und erst die Stimme des Parteivorsitzenden Koch gab den Ausschlag.

### Das neue Rabinett im Spiegel der Presse.

Berlin, 20. Januar. Durch fast alle Berliner Blätter geht ein Auaatmen, daß es endlich dank des Eingreifens des Reichspräsidenten gelungen ist, die Regierungskrise zu beenden. Vor allem die Blätter der Regierungskoalition sollen dem Reichspräsidenten Dank dafür, daß er durch seinen an die Parteien gerichteten Appell die Regierungsbildung erwirkt habe. Das neugebildete Rabinett Luther findet in der Presse nur in der Deutschen Zeitung unbedingte Ablehnung, die die Parole ausgibt: Überwältigte Opposition mit allen Mitteln. In der Deutschen Tageszeitung, die die Regierung ein Rabinett der linken Mitte nennt, wird vor allem kritisiert, daß die Landwirtschaft in dem neuen Rabinett durch keinen Vertrauensmann vertreten sei. Bei Verantwortung der Frage, welche Aussichten auf Bestand das neue Rabinett hat, glaubt das Blatt Vorsicht üben zu sollen, da es in dieser Hinsicht entscheidend auf die parlamentarische und mehr noch auf die politische Gesamtlage ankomme. Auch der Sozialdemokrat sieht in der Zusammenfassung der neuen Regierung eine starke Neigung nach links, die allein schon auf der starken Linkseinstellung des als Reichsjustizminister eingetretenen Zentrumsliters Dr. Marx hervorhebt. Immerhin erklärt das Blatt, daß die Rechte vorerst die Taten der neuen Regierung abwarten wolle. Die Tages Rundschau prophezeit dem zweiten Rabinett Luther wohl einen schweren Dauerkampf, glaubt aber, daß das Rabinett wohl von Bestand sein kann, wenn die Koalitionsparteien die Differenzen der letzten Tage in der Erfüllung einer gemeinsamen hohen Aufgabe vergessen. Wegen das Rabinett stimmen werden voraussichtlich nur die Kommunisten und die Volksrechtler, während sich die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten ihrer Stimme enthalten werden. Die Germania unterstreicht noch einmal ihre Auffassung, daß auch die neue Regierung nur die Politik der großen Koalition machen könne, d. h. eine Politik des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleiches. Was der Zentrumsvorsitzende dieses Rabinett Luther vertrauenswürdig mache, sei die Tatsache, daß in ihm als ihre bewährten Vertrauensmänner sitzen und die Partei diesmal eine feste Verbindung mit dem Rabinett einging. Im Berliner Tageblatt wird dem demokratischen Parteiführer Koch dafür höchste Anerkennung gesollt, daß er sich mit seinem ganzen Einfluß für die zustimmende Entscheidung der Fraktion eingesetzt hat. Es versteht sich von selbst, daß der Demokrat Dr. Kälig in den Fragen der Reichseinheit und in der republikanischen Staatsverfassung nicht um ein Haar anders denkt als der Parteivorsitzende Koch. Weder die Haltung der Sozialdemokraten zu dem neuen Rabinett sagt der Vormärts, daß sie, die die Berufung Kochs zum Reichsinnenminister begrüßten, durch sein Verschwinden gemahnt würden, mit ihrem Vertrauen sehr vorsichtig umzugehen.

### Auch die Sozialdemokratie fordert Volksentscheid über die Fürstenabfindung.

Der sozialdemokratische Parteilandsrat hat beschlossen, dem Vorschlage des Parteivorstandes beizutreten und den Antrag auf Volksbegehren in der Frage der Fürstenabfindung zu stellen. Man war einmütig der Meinung, daß trotz des vorläufigen Verhaltens der Kommunisten ein selbständiges Vorgehen der Sozialdemokratischen Partei am Platze sei.

Man ist der Auffassung, daß, auch wenn nunmehr zwei Anträge in ähnlicher Richtung vorliegen, der sozialdemokratische Antrag durchaus zum Siege geführt werden kann, weil bei ihm auf die Unterstützung durch zahlreiche demokratische und republikanische bürgerliche Elemente und vielleicht sogar darüber hinaus auch anderer Parteikreise zu rechnen ist.

Der Antrag auf ein Volksbegehren in Sachen der Fürstenabfindung ist beim Reichsminister des Innern eingereicht und es müssen nunmehr die Antragsteller in etwa 14 Tagen die Listen beschaffen, die zur Eingekennung ausgelegt werden sollen. Das Volksbegehren ist zustande gekommen, wenn mindestens 1/10 aller Stimmberechtigten sich eingetragen haben werden, d. h. etwa 4 Millionen. Kommt das Volksbegehren zustande, so kann der Reichstag den verlangten Gesetzesentwurf ablehnen, abändern oder unverändert annehmen. Wird er nicht unverändert angenommen, so kommt der Volksentscheid, an dem sich über die Hälfte aller Stimmberechtigten, also etwa 20 Millionen beteiligen müssen. Nur bei einer solchen Beteiligung kommt dann in Frage, ob der Gegenstand angenommen ist, wenn nämlich die Mehrheit der Abstimmenden mit Ja abgestimmt hat.

Berlin, 20. Januar. Zu dem gestrigen Beschluß des sozialdemokratischen Parteilandsrates über die Einleitung einer Aktion für Volksbegehren und Volksentscheid teilt der Vormärts noch mit, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ersucht werden soll, zu erstreben, daß von Sozialdemokraten und Kommunisten nur ein Gesetzesentwurf eingebracht wird. Auch die Rote Fahne bezeichnet es als Pflicht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sich für die Herstellung einer gemeinsamen Front in der Frage des Volksentscheides einzusetzen. Der Vorstand des Verbandes hat sich den republikanischen Parteien für den Fall eines Volksentscheides zur Verfügung gestellt.

### Eine völkische Anfrage.

Berlin, 19. Januar. Die völkische Fraktion des Preussischen Landtages weist in einer Anfrage darauf hin, daß der Magdeburger sogenannte Ebert-Prozess seinerzeit ausgelegt wurde, da angeblich der Gesundheitszustand des Zeugen Scheidemann dessen Reise nach Magdeburg nicht zuließ. Scheidemanns Gesundheitszustand habe sich inzwischen gebessert, so daß er an Ausschussitzungen in Berlin teilnehmen und sich angeblich sogar zum Sozialistenkongreß nach Marseille begeben konnte. Inzwischen habe der Prozess durch Unnette seine Erledigung gefunden. Nicht erledigt aber sei die disziplinarische Seite. Es wird daher gefragt, ob das Disziplinarverfahren gegen Scheidemann wegen Verdachtes, unter Eid falsche Angaben gemacht zu haben, eingeleitet sei, oder sei er ohne Einleitung eines solchen Verfahrens in allen Ehren trotz dieses Verdachtes pensioniert worden?

Berlin, 19. Januar. Die Blätter erfahren über die gesetzlichen Voraussetzungen eines Volksbegehrens und eines Volksentscheides folgendes:

### Strafanträge im Münchener Mordprozeß.

München, 19. Januar. In dem Prozeß wegen Erschießung der Verladener Arbeiter stellte heute der Staatsanwalt die Strafanträge. Er beantragte gegen beide Angeklagte zehn Jahre Zuchthaus wegen des Verbrechens des einfachen Totschlages.

In seinem Plädoyer führte der Staatsanwalt aus: Die Arbeiterwehren seien keine Bestandteile der Roten Armee gewesen. Die Verhafteten hätten ihre Gewehre unbewußt abgelaufen, und die Erschießungen seien ein Gegenstand zu dem Selbstmord. Ausgenommen davon waren nur die Erschießung Ludwig, die als berechtigt anerkannt werde.

Dieselben Gründe wie die Angeklagten hätten sich letzten Endes auch die Rotgardisten zu eigen machen können. (Widerpruch im Publikum und bei den Verteidigern.) Dem Angeklagten Bötzing spricht der Staatsanwalt alle Eigenschaften des Offiziers ab. Seiden Angeklagten könne die Aufregung und Schlaflosigkeit jener Tage als milderns Umstände zugute gehalten werden. Es habe ihnen die Überlegung gefehlt, die bei dem Reat des Mordes vorauszusetzen ist.

Bei der Schlussvernehmung blieb Bötzing bei der Behauptung, daß er dem Präfer keinen Befehl zur Erschießung gegeben habe, sondern ihm gesagt habe: „Machen Sie, was Sie wollen.“ Präfer bestritt das entschieden.

Nach Verurteilung des bisher unerschuldig gebliebenen Zeugen Major Schulz wurde die Beweisaufnahme geschlossen.